

N i e d e r s c h r i f t

**der 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung, Sicherheit und Umwelt am 13.10.2004**

öffentlich

Ort: Kaulenberg 4, Raum 316 (FB Schule, Sport und Bäder)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Michael Zeidler	SPD
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Wolfgang Aldag	SKE
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE
Herr Lutz Sacher	SKE
Herr Thomas Wunsch	SKE
Herr Andreas Nowotny	SKE
Frau Uta Balleyer	
Herr Eberhard Doege	
Herr Frank Helmenstein	
Frau Gudrun Beitz	
Frau Mandy Pabst	

Entschuldigt fehlen:

Frau Sabine Wolff	Neues Forum
-------------------	-------------

Gäste:

Herr Uwe Wätzel
Herr Lutz Müller (FB 32)
Frau Simone Franz (FB 31)
Frau Rita Lacky (FB 33)
Herr Wolfgang Hans (FB 37)

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorstellung der Mitglieder, der sachkundigen Einwohner, der ständigen Teilnehmer der Stadtverwaltung und der FachbereichsleiterInnen des GB III
4. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden
5. Terminplanung 2004 und Festlegung des Tagungsturnuses
6. Vorlagen
 - 6.1. Bestellung einer Protokollführerin
Vorlage: IV/2004/04414
 - 6.2. Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2004/04325
 - 6.3. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2004/04325/1
7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung.

Herr Doege verwies in seinen einleitenden Worten auf die veränderte Zuständigkeit des Ausschusses, deren Aufgabenfelder den gesamten Geschäftsbereich III betreffe. Er wünscht sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Wehrich schloss sich dem Wunsch Herrn Doeges an und bat um eine sachliche Diskussion. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Unter Berücksichtigung des Hinweises von **Herrn Dr. Rürup** zum Tagesordnungspunkt 7 wurde der nachfolgenden Tagesordnung ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

T a g e s o r d n u n g :

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorstellung der Mitglieder, der sachkundigen Einwohner, der ständigen Teilnehmer der Stadtverwaltung und der FachbereichsleiterInnen des GB III
4. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden
5. Terminplanung 2004 und Festlegung des Tagungsturnusses
6. Vorlagen
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 3 Vorstellung der Mitglieder, der sachkundigen Einwohner, der ständigen Teilnehmer der Stadtverwaltung und der FachbereichsleiterInnen des GB III

Protokoll:

Die Stadträte und die sachkundigen Einwohner stellten sich vor.

Herr Doege stellte die ständigen Teilnehmer der Stadtverwaltung und die FachbereichsleiterInnen des Geschäftsbereiches III vor.

zu 4 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden

Protokoll:

Frau **Schlüter-Gerboth** schlug Herrn Schiller als stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Da es keine weiteren Vorschläge kam, erfolgte die Wahl mittels Wahlzettel.

Abstimmungsergebnis:

10	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme

Somit wurde Herr Schiller mehrheitlich gewählt.

zu 5 Terminplanung 2004 und Festlegung des Tagungsturnusses

Protokoll:

Zu den von **Herrn Doege** vorgeschlagenen Terminen 10. 11. 04 und 01. 12. 04 gab es keine Einwände. Der Termin 01.12.04 findet statt, wenn der Haushalt 2005 zu beraten ist.

Dem Terminplan für 2005 (als Anlage der Niederschrift beigefügt) wurde zugestimmt mit der Festlegung, dass Sitzungsbeginn jeweils 17.00 Uhr ist. Des Weiteren gab es Einverständnis darüber, dass mangels Beratungsthemen Sitzungen nicht stattfinden, die Ausschussmitglieder davon aber schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.

Die Frage **Herrn Kupkes**, ob Vorschläge für die Tagesordnung unterbreitet werden können, bejahte **Herr Doege**.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Bestellung einer Protokollführerin Vorlage: IV/2004/04414

Protokoll:

Die Bestellung der Protokollführerin Frau Gudrun Beitz und ihrer Stellvertreterin Frau Mandy Pabst erfolgte einstimmig.

zu 6.2 **Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: IV/2004/04325**

Protokoll:

Herr Doege gab eine kurze Einführung zur Vorlage und begründete deren Notwendigkeit, die sich u.a. aus der Anpassung von Gesetzesänderungen ergeben habe.

Frau Balleyer verteilte ein Ergänzungs-/Änderungsblatt. Die Veränderungen ergaben sich aus Gesprächen mit den Wohnungsunternehmen.

Sodann erfolgte die Diskussion der Abfallwirtschaftssatzung paragrafenweise unter Einbeziehung der Ergänzungen bzw. Änderungen.

Herr Misch, Frau Schlüter-Gerboth, Frau Prof. Venth, Herr Dr. Fiedler plädierten für die Beibehaltung der bisherigen Verfahrensweise der Entsorgung von Sperrmüll (§ 7) und begründeten dies u. a. damit, dass das bisherige System sich bewährt habe, Probleme bei der Terminvereinbarung, des Sicherheitsaspektes und für ältere Bürger bei der vorgeschlagenen neuen Verfahrensweise gesehen werden. Des Weiteren käme es zur Verschandelung des Stadtbildes.

Frau Balleyer und Herr Doege verwiesen auf Erfahrungen anderer Städte, die ebenfalls Vorbehalte bei der Einführung des neuen Sperrmüllentsorgungssystems sahen, sich aber in der Praxis nicht bestätigt hätten. Die Stadtwirtschaft habe eine digitale Stadtkarte, auf deren Grundlage die Touren zusammengestellt werden.

Herr Kupke und **Herr Zeidler** sprachen sich für das System der Verwaltung aus, wobei u. a. darauf verwiesen wurde, sich über Inhalte bei der Definition des „Sperrmülls“ zu unterhalten.

Des Weiteren wurde von mehreren Anwesenden die Frage gestellt, was passiere, wenn mehr Kubikmeter zu entsorgen seien als angemeldet.

Dem Vorschlag **Herrn Wehrichs**, noch drei Redner sprechen zu lassen und dann die Rednerliste abzuschließen, wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

Danach sprachen **Herr Klaus, Frau Prof. Venth und Herr Wehrich**. So würde u. a. Herr Klaus dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen, wenn der ordnungsrechtliche Aspekt im Vordergrund stehe. Herr Wehrich bat um genauere Formulierung des § 2, Abs. 2.

Frau Balleyer und Herr Doege gaben Auskünfte zur Problematik des Sperrmülls und verwiesen auf öffentliche Kritiken zur Beseitigung des Sperrmülls im Frühjahr diesen Jahres.

Da **Herr Kupke** noch Verständigungsbedarf zur Definition „Sperrmüll“ sah, stellte er den Geschäftsordnungsantrag, die Rednerliste wieder zu öffnen.

Mit 3 Ja-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen wurde die Rednerliste wieder geöffnet, und die Diskussion wurde fortgesetzt.

An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich **Frau Prof. Venth, Herr Kupke, Herr Misch, Herr Klaus, Herr Schiller, Frau Balleyer, Frau Franz und Herr Doege**. Inhalte der Beiträge waren u. a. die Frage nach der Kosteneinsparung, Gültigkeit der Satzung, probeweise Einführung beider Versorgungssysteme (begrenzt auf bestimmte Stadtgebiete).

Zum § 8 der Satzung äußerten sich **Herr Misch und Herr Kupke**. Herr Kupke schlug vor, in den § 17 der Satzung den Entsorgungsrhythmus mit aufzunehmen.

Weitere Diskussionsbeiträge erfolgten von **Herrn Doege, Herrn Kupke, Herrn Misch, Frau Balleyer und Herrn Rürup** zu den §§ 9, 14, 15 und 17. Herr Rürup verwies z. B. darauf, dass im § 17 im üblichen Entsorgungsrhythmus die „Blaue Tonne“ nicht aufgenommen worden sei. Die Verwaltung sagte eine Korrektur zu.

Antrag von Herrn Misch

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, das alte System der Sperrmüllentsorgung beizubehalten.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 4 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag von Herrn Misch

Für die Entsorgung des Altpapiers sind auch 120 I Tonnen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 3 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist abgelehnt.

Es erfolgte die Abstimmung zur Abfallwirtschaftssatzung insgesamt mit nachfolgendem

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen
 2 Stimmenthaltungen.

Somit wurde der Abfallwirtschaftssatzung zugestimmt.

zu 6.3 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2004/04325/1

Protokoll:

Herr Doege teilte u. a. mit, dass für die Behandlung der Abfallgebührensatzung im eigentlichen Sinne der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zuständig sei. Wegen des inneren Zusammenhanges mit der Abfallwirtschaftssatzung sei die Verwaltung der Auffassung, dem Ausschuss die Abfallgebührensatzung vorzulegen.

Nachfolgend ging er auf wesentliche Inhalte der Vorlage ein und verwies auf die Entscheidung der Verwaltung, eine Zweijahresgebühr als Mischkalkulation einzuführen und begründete dies.

Der Mitteilung **Herrn Zeidlers**, dass die Wohnungsgesellschaften für ein Zweijahresrhythmus plädieren, wurde von **Herrn Misch** widersprochen. Nach seiner Information würden die 13 Wohnungsgesellschaften sich für eine Einjahresgebühr aussprechen.

In der weiterführenden Diskussion, an der sich **Herr Kupke, Frau Schlüter-Gerboth, Herr Dr. Rürup, Frau Balleyer und Herr Doege** beteiligten, ging es um die Abwägung der Einführung der Gebühr für ein bzw. zwei Jahre.

Sodann kam es zur Abstimmung der beiden Varianten.

Für die **einjährige Variante** stimmten drei Ausschussmitglieder und für die **zweijährige Variante** stimmten sieben Ausschussmitglieder.

Die Abfallgebührensatzung insgesamt wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 **Anfragen von Stadträten**

Protokoll:

Frau Schlüter-Gerboth beschwerte sich über die völlig kontraproduktiv durchgeführten Pflegemaßnahmen im Seebener Busch und möchte wissen, wer die Pflegemaßnahmen veranlasst hat.

Zur Gebührengestaltung bei der Straßensondernutzung für die Außenbestuhlung vor Gaststätten und die Erweiterung der Genehmigung für die Monate April und Oktober wird **Frau Prof. Vent** einen Antrag im Stadtrat stellen.

Die Beschwerden der **Herren Dr. Rürup, Dr. Fiedler und Frau Prof. Vent** zum Fahrradverkehr auf dem Marktplatz zwischen 09:00 und 20:00 Uhr bzw. auf dem Fußweg am Riveufer werden an die Polizeidirektion weitergeleitet.

Die von **Frau Krischok** gestellten Anfragen, ob ein Gespräch mit den Händlern stattgefunden habe, wie viel Märkte es noch in Halle auf welchen Standorten gäbe und ob die Marktordnung von 1995 noch gelte, wurde von **Herrn Doege** beantwortet. Er informierte darüber, dass mit den Händlern eine Beratung stattfand. Die Marktordnung liegt im Entwurf wegen fehlender Zuarbeit aus einem anderen Geschäftsbereich noch nicht vor. Es gibt vier Marktstandorte, und zwar Marktplatz (ab 18.10.04 Hallmarkt), Halle-Neustadt, Katowicer Str. und Merseburger Str./Ecke Theodor-Neubauer-Str.

Die Frage von **Herrn Aldag**, ob die Stadt Halle im Projekt „Wildwasserpark Pulverweiden“ involviert sei, beantwortete **Frau Balleyer** dahingehend, dass die Stadt als Träger öffentlicher Belange einbezogen sei und derzeit noch das Planfeststellungsverfahren laufe.

Auf die Kritik **Herrn Kupkes** zu den Warteschlangen im Bürgerservice antwortete **Frau Lachky** und legte das Bemühen des Fachbereiches 33 dar, eine Zustandsverbesserung zu erreichen.

Die Frage von **Herrn Klaus** an den Geschäftsbereich III zur Straßenbeleuchtung konnte nicht beantwortet werden, da dies im Verantwortungsbereich des Geschäftsbereiches II liegt.

Herr Wehrich wollte wissen, wie es sein kann, dass zur Fällung von Bäumen in der Kopernikusstr./Kepplerstr. mündliche Vorabgenehmigungen erteilt wurden, obwohl die Baumschutzsatzung einen schriftlichen Bescheid fordert.

Frau Balleyer antwortete auf die Anfrage und teilte u. a. mit, dass bei Gefahr in Verzug die Stadt schnell reagieren müsse.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldung.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Herr Klaus regte an, dass bei der Öffentlichkeitsarbeit zur Abfallwirtschaftssatzung mehr der Gedanke der Mündigkeit des Bürgers und weniger der Erziehungsgedanke hervorgehoben wird.

zu 10 Mitteilungen

Protokoll:

Herr Doege informierte über Überlegungen der Stadt zum Weiterbestehen eines Polizeibeirates und bezog sich dabei auf die bisherige Arbeit des Polizeibeirates und Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt, die u. a. eine diesbezügliche Umfrage in Städten des Landes Sachsen-Anhalt durchführten. Die Stadt sei im Einvernehmen mit der Polizeidirektion der Ansicht, keinen neuen Polizeibeirat zu bilden, vor allem auch unter der Maßgabe, dass es einen Präventionsrat gäbe.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.10.2004

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollführerin